

# FRIEDENS JOURNAL

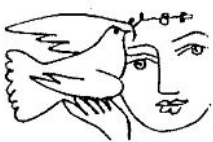


## 75 Jahre Befreiung vom Faschismus

Foto: Symbolisches Treffen am 27. April 1945 zwischen William Robertson und Alexander Silwaschko nahe Torgau, Quelle: Wikipedia, gemeinfrei



- Geschichtsrevisionismus und neuer Faschismus
- "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!"
- Faschismus, Militarismus und Bundeswehr
- Rechtsverschiebung gehört zu aggressiver Weltpolitik
- „Mehr Verantwortung“: Codewort für Aufrüstung und Krieg



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

März - April 2020/Nr. **2**

## Inhalt

## SCHWERPUNKT

Geschichtsrevisionismus und neuer Faschismus 3

„Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch“ 6

Faschismus, Militarismus und Bundeswehr 8

Rechtsverschiebung und deutsche Weltpolitik 10

## FRIEDENSBEWEGUNG

„Mehr Verantwortung“: Codewort für Aufrüstung und Krieg“ 12

„Frieden in Bewegung“ - Die wohl längste Demo der Welt 14

Friedensnetz Baden-Württemberg 15

DEFENDER 2020 – Eine Übersicht 16

## RUBRIKEN

Amok und rechter Terror – kein Widerspruch 5

Faschistoide Nationalreligiöse in Israel 11

DGB-Aufruf gegen DEFENDER 2020 13

Ostermarsch-Aufruf BAF und KoFri 14

## REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.3.2020  
Die nächste Ausgabe ist geplant für den 8.5.2020

## IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

**Internetausgabe des Friedensjournals:**  
auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)  
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.  
**ISSN** 2193-9233

**Herausgeber:**

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

**Redaktion:**

Christine Buchholz, Lühr Henken,  
Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler,  
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

**Redaktionsanschrift:**

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,  
60329 Frankfurt am Main  
e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

**Kontoverbindung:**

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
BIC: HELADEF1822

## 75 Jahre Befreiung vom Faschismus

Liebe Leserinnen und Leser,

der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wird zu unterschiedlichen Anlässen begangen, wobei als Auftakttermin die Befreiung des KZ Auschwitz bereits hinter uns liegt. Ein weiterer wichtiger Stichtag ist der 25. April, als Jahrestag des Zusammenstehens der Roten Armee und der US Army bei Torgau an der Elbe. Von solchen Zeiten der Verbrüderung, wie auf unserem Titelfoto zu sehen, kann man heute nur träumen. Die Provokation von USA und NATO, ausgerechnet rund um den 8. Mai das größte Landmanöver seit dem Ende des Kalten Krieges an der russischen Westgrenze zu veranstalten, beschäftigt uns als Friedensbewegung bereits seit Wochen intensiv mit zahlreichen lokalen Aktionen.

Für die meisten Menschen in unserem Land ist die postulierte Bedrohung durch Russland jedoch nach wie vor unglaublich. Die Mobilmachung durch Großmanöver hinterlässt aber dennoch ihre propagandistischen Spuren. In einem Infopakete der Bundeswehr, das Ende Januar zu DEFENDER 2020 herausgegeben wurde, ist nur in undefinierter Weise von einer veränderten Bedrohungslage in Osteuropa die Rede. Eine reale militärische Bedrohung auf zwischenstaatlicher Ebene setzt aber voraus, dass von einer Seite territoriale Forderungen erhoben werden. Bezüglich Russland gilt dieses aber nur umgekehrt, wie dieses aus unserem Interviewbeitrag mit Ulrich Schneider hervorgeht: Polen und Lettland besinnen sich vor dem Hintergrund rechtsextremer Umtriebe auf alte Gebietsansprüche gegenüber Russland bzw. Weißrussland. Doch dies ist bei der Stimmungsmache gegen Russland nur die Spitze des Eis-

berges. In Osteuropa gehört hierzu auch der Rechtsextremismus auch in Ländern wie Ungarn und der Ukraine.

Inwieweit der Rechtsextremismus in Deutschland bereits wieder gesellschaftliche Relevanz hat, wurde uns kürzlich durch den Amoklauf in Hanau wieder deutlich vor Augen geführt.

Dabei erfolgt leider eine zu starke Fokussierung auf die AfD, wenngleich deren Wünsche nach Wiedereinführung des Preußischen Militarismus (siehe Auszug aus Militärprogramm Seite 7) bei allen Friedensbewegten gegenwärtig sein sollte. Wesentliche Gründe für die Rechtsentwicklung liegen in der Krisenhaftigkeit des neoliberalen Kapitalismus (siehe Beitrag Seite 6), dem ungehinderten Wirken brauner Netzwerke in der Bundeswehr (siehe Beitrag Seite 8) und der ideologischen Wegbereitung des Rassismus durch Thilo Sarrazin (siehe Beitrag Seite 10).

Für die zunehmend aggressiver formulierte deutsche Weltpolitik (siehe auch Beitrag Seite 12) ist die Rechtsentwicklung im Inneren deshalb eine fast zwangsläufige Begleiterscheinung.

Die zahlreichen Aktivitäten der Friedensbewegung gegen das Großmanöver DEFENDER 2020 haben zu einem neuen Elan geführt, der auch die anstehenden Ostermärsche beflügeln dürfte.

Mehr als in den Vorjahren können wir dabei auch auf gewerkschaftliches Engagement setzen. Bemerkenswert ist der Aufruf des DGB gegen das Großmanöver DEFENDER 2020, den wir in dieser Ausgabe auf Seite 13 abgedruckt haben. Mit dieser klaren Positionierung wird der DGB auch dem zunehmenden friedenspolitischen Engagement in den Einzelgewerkschaften gerecht, das es weiter zu entwickeln gilt.

Die Redaktion

### Immer aktuell auf der Homepage des Bundesausschusses Friedensratschlag:

Pro Woche werden ca. 15 bis 20 ausgewählte Online-Beiträge unter der Rubrik „Friedenspolitische Berichte und Analysen“ verlinkt.

Darüber hinaus in separaten Rubriken:

- Standpunkte in der Friedensbewegung
- Medienkritik
- PDF-Materialien

**[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)**

## Elbe Tag – Torgau 1945 - 2020

Aus dem Aufruf zur Demonstration am 25. April in Torgau:

**„Wir versprochen einander, dass die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müssten“, berichtete der amerikanische Schütze Joe Polowsky über seine Begegnung mit sowjetischen Soldaten am 25. April 1945 in der Nähe von Torgau. Sein Grab, das sich in der Elbe-Stadt befindet, zeugt noch immer von seinem lebenslangen Engagement für Frieden und Verständigung der Völker. [...]**

**Im Frühjahr 2020 wird die US-Armee ihr Großmanöver „Defender Europe 2020“ mit Unterstützung von 15 NATO-Ländern sowie zwei weiteren US-Verbündeten durchführen. [...] Das NATO-Manöver ausgerechnet zum 75. Jahrestag der Begegnung an der Elbe ist de facto eine Kampfansage an die Russische Föderation. [...]**

# Geschichtsrevisionismus und neuer Faschismus

Interview mit Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)  
- Bund der Antifaschisten

*Am 19. September 2019 verabschiedete das EU-Parlament in Straßburg eine Resolution, in der es angeblich um die „Bedeutung der europäischen Vergangenheit (oder des europäischen Geschichtsbewusstseins) für die Zukunft Europas“ ging. Darin wurde unter Bezugnahme auf den Hitler-Stalin-Pakt Nazi-Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt. Die Initiative für diese Resolution ging von Polen und den baltischen Staaten aus. Was ist die ideologische Stimmung in diesen Ländern?*

U.S.: Die Resolution des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 ist eine verhängnisvolle politische Setzung, die den rechten und antikomunistischen Kräften in der heutigen Zeit weiter Auftrieb verschaffen wird. Der Text der Erklärung weist nicht auf die Zukunft Europas, sondern ist ein ideologischer Rückfall in die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges, wie er in dieser Entschließung zum Ausdruck kommt.

Die Rekonstruktion der Ereignisse, die zum Zweiten Weltkrieg führten, hat keinerlei wissenschaftliche Grundlage. So beginnt der Geschichtsblick mit dem 23. August 1939, dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag, der als Kriegsursache behauptet wird. Alle vorbereitenden Schritte des deutschen Faschismus („Angriffsplanung „Fall weiß“) und ebenso die Appeasement-Politik der britischen und französischen Regierung bis hin zum Münchener Diktat, mit dem Teile der CSR dem deutschen Faschismus ausgeliefert wurden, kommen in dieser Betrachtung selbstverständlich nicht vor.

Diese Resolution setzt die Unterdrückten und Unterdrückten, Opfer und Schlächter, Eindringlinge und Befreier gleich. Die Entschließung ist ein Text grober ideologischer Propaganda, wie er aus der schlimmsten Zeit des Kalten Krieges in Erinnerung ist. Vollkommen absurd ist die Aussage in der Entschließung, dass "es von entscheidender Bedeutung für die Einheit Europas und seiner Bürger und für die Stärkung des Widerstands Europas gegen die gegen-

wärtigen Bedrohungen von außen ist, dass an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime gedacht wird". Als gäbe es eine solche militärische Bedrohung im heutigen Europa.

Ob es mit dieser Resolution und den geplanten ideologischen Projekten gelingt, das europäische Geschichtsbild dauerhaft zu verändern, wird letztlich davon abhängen, wie es die antifaschistischen und demokratischen Kräften, ihre Organisationen, Akteure und Netzwerke vermögen, mit ihren Möglichkeiten der Weitergabe des Vermächnisses der Überlebenden die heutigen Generationen zu erreichen. Es ist erfreulich zu registrieren, dass es in den vergangenen Monaten zahllose Erklärungen und wissenschaftliche Tagungen in West- und Osteuropa gegeben hat, die sich in aller Deutlichkeit gegen diese Geschichtsrevision positioniert haben.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass es in den baltischen Staaten und Polen in der letzten Zeit massive Bestrebungen gibt, die Erinnerung an die Befreiungsleistung der Roten Armee zu verdrängen. Während in Estland und Lettland SS-Kollaborateure als „nationale Freiheitskämpfer“ gewürdigt werden, werden in Polen seit vielen Monaten Gedenkstätten und Monumente der sowjetischen Streitkräfte geschändet und abgebaut. In diesem Jahr haben es tatsächlich alle großen polnischen Städte abgelehnt, Feiern zum 75. Jahrestag der Befreiung des Landes durchzuführen, nur um zu verhindern, dass dabei die Rolle der sowjetischen Streitkräfte angemessen erwähnt wird. Selbst im Museum für den Zweiten Weltkrieg wird eine Video-Installation präsentiert, die behauptet, die Befreiung sei 1945 eigentlich von der Heimarmee (AK) mit Unterstützung der Westalliierten erreicht worden, während die rote Armee als neuer Besatzer gekommen sei..

*Aktuell führen USA und NATO das Großmanöver Defender 2020 durch. Offiziell heißt es dazu zum Zweck der Übung seitens der Bundeswehr: "Die Veränderung der sicherheitspolitischen*

*Lage in Europa mit einer möglichen Bedrohung der Sicherheit insbesondere der NATO-Staaten in Osteuropa erfordert vom Bündnis die Fähigkeit, starke militärische Kräfte schnell in die Region verlegen zu können." Mit anderen Worten: Von einer Bedrohung durch Russland ist hier nicht die Rede, sondern von Befindlichkeiten, womit wohl vor allem Polen und das Baltikum gemeint sind. Heißt das, dass es eine gerade Linie vom Geschichtsrevisionismus zur Kriegspropaganda gibt?*

U.S.: Tatsächlich geht es in der Geschichtspolitik nur bedingt um Neuinterpretation historischer Zusammenhänge. Vielmehr stehen machtpolitische Interessen und den Aufbau eines neuen Feindbildes gegenüber der russischen Föderation im Fokus. Es steht außer Frage, dass es seitens Russlands keinerlei Bestrebungen gibt, die osteuropäischen Staaten zu bedrohen oder gar in ihrer territorialen Integrität infrage zu stellen. Umgekehrt werden sowohl von baltischen Staaten als auch von Polen gegenüber Russland territoriale Forderungen erhoben.

*Formationen der lettischen Waffen-SS-*



*Freiwilligenlegion auf dem Weg zum Appell anlässlich des 25. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der Republik Lettland am 18. November 1943. Bei den herabhängenden gestreiften Fahnen handelt es sich um die rot-weiß-rote Nationalfahne der souveränen Republik Lettland  
Quelle: Bundesarchiv / Wikipedia*

Kürzlich erneuerte die estnische Präsidentin Kersti Kaljulaid die Behauptung, der Friedensvertrag von Dorpat von 1920 sei weiterhin gültig. Im Rahmen dieser Vereinbarung gingen Teile der ursprünglich russischen Gebiete Leningrad und Pskow an Estland über. Dieser Vertrag wurde 1944 mit dem

Beitritt Estlands zur UdSSR aufgehoben.

### **Estlands Präsidentin: Keine Gebietsansprüche an Russland – wegen NATO**

Aus dem estnischen Parlament und der Regierung werden Stimmen lauter, Russland solle Estland „annektierte Gebiete“ zurückgeben. Doch Präsidentin Kersti Kaljulaid lehnt dies ab und erklärt, warum der baltische EU-Staat keine Gebietsansprüche gegen den östlichen Nachbarn erhebt.

Der estnische Parlamentspräsident Henn Pölluaas hat Ende 2019 von Moskau gefordert, die „annektierten Gebiete“, die die baltische Republik von den Bolschewiki im Rahmen des Friedens von Dorpat von 1920 erhalten habe, Estland zurückzugeben. Ähnlich hatte sich zuvor der Innenminister Mart Helme geäußert: Laut ihm kontrolliert Russland bis heute etwa „fünf Prozent der estnischen Gebiete“.

Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid sieht es nicht so. [...] „Wir hatten unseren Verbündeten versprochen: Estland hat keine Gebietsansprüche gegen Nachbarn“, so die estnische Präsidentin. „Ohne dies hätte uns die Nato nie ihre Türe geöffnet.“

Quelle: Sputniknews (25.2.2020)

In die gleiche Richtung zielen die polnischen Avancen, die in diesem Rahmen Ansprüche auf belorussische Territorien erheben. Dass es sich bei diesen Gebieten um Territorien handelt, die sich Polen im Ergebnis des russisch-polnischen Kriegs 1920 ein-

verleibt hatte, ist selbstverständlich keiner Erwähnung wert. Mit der militärischen Stärke der NATO und insbesondere der US-Militärpolitik im Rücken glaubt man tatsächlich geopolitische Vorstellungen gegen Russland und seine Nachbarn durchsetzen zu können.

*Von faschistischen Umtrieben in der Ukraine hört man hierzulande wenig. Wie hat sich das vor allem seit 2014 entwickelt?*

U.S.: In der Ukraine hat sich die Situation bezogen auf die faschistischen Umtriebe und die Formen der Geschichtsrevision nur scheinbar beruhigt. Die gewalttätigen faschistischen Banden wurden erfolgreich in reguläre staatliche Strukturen integriert. Asow und andere Milizen fungieren jetzt nicht mehr als Privatarmeen, sondern können sich als staatlich legitimiert betrachten. Dabei kommt es immer wieder zu Konflikten, die dazu führen, dass rechte Milizen entweder öffentliche Gebäude und Plätze blockieren oder massiven Druck auf oppositionelle Kräfte ausüben. Im vergangenen Jahr scheuten sich Neonazis aus dem Umfeld von „S14“ oder auch Sitsch, der früheren Jugendorganisation von Swoboda, nicht, eine Versammlung von Kriegsveteranen in Kiew anzugreifen, denen man eine nicht ausreichend patriotische Haltung vorwarf.

Bislang haben die Milizen aber das Gefühl, dass ihren Forderungen weiterhin von staatlicher Seite entsprochen wird. Sichtbare Zeichen dafür sind auch die Ehrungen, die ihrem historischen Vorbild Bandera in der Ukraine entgegengebracht wird. Dass die Postverwaltung sogar eine Sondermarke zu Ehren von Bandera editiert hat, ist nur ein sichtbares Zeichen dieser Haltung. Auch die jährlichen Gedenkmärsche können mit staatlicher Billigung und Unterstützung der Polizei stattfinden.

Die faschistischen Milizen versuchten in den letzten Monaten, sich über die Teilnahme „am Schutz der Rechtsordnung“ zu legalisieren. So stehen die S14 und der Kiewer Verband der ATO-Veteranen untereinander

der im Wettbewerb um die Übernahme der Leitung der „kommunalen Wachen“, die aus dem Kiewer Haushalt finanziert werden. Die „nationalen Kampfgruppen“ – wie sie sich selber sehen – ändern dabei ihren Status. Aus einer Privatarmee, von denen es mehrere in der Ukraine gibt, werden sie eine Einheit „zur Überwachung der Rechtsordnung“. Zu ihren Aufgaben gehören beispielsweise die Überprüfung der Dokumente von Bürgern bzw. Autofahrern, Festnahmen, Anwendung von physischer Gewalt unter Einsatz von nichttödlichen Waffen. Sie dienen zum Schutz von Verwaltungsgebäuden und zur Vorbeugung von Straßenunruhen. Damit wurde in der Ukraine eine vollwertige paramilitärische Struktur geschaffen, welche Polizei-Funktionen übernimmt. Hierbei erwartet man auch, dass diese „Kämpfer“ die „Drecksarbeit“ beim Auseinanderjagen von Kundgebungen und zur vorbeugenden Unterdrückung von Andersdenkenden erledigen.

*Ein zeitweise bevorzugtes Thema in unseren Medien war die politische Entwicklung in Ungarn, vor allem im Kontext der menschenverachtenden Abschottung gegen Flüchtlinge. Bei den letzten Kommunalwahlen in Ungarn gab es eine Schlappe für Orbans Regierungspartei FIDESZ. Ist diese Partei die ungarische AfD?*

U.S.: FIDESZ ist nicht die ungarische AfD, auch wenn unsere AfD gerne den Schulterschluss mit dieser Partei sucht. FIDESZ ist die ungarische CSU. Nicht umsonst hat diese Partei auch nach den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament ihren unangefochtenen Platz in der Fraktion der „Europäischen Volkspartei“. Im vergangenen Jahr gab es zwar Konflikte zwischen Ungarn und der deutschen Bundesregierung, dafür blieben aber die Verbindungen mit der CSU herzlich und intensiv.

Der langjährige wahlpolitische Erfolg der Orban-Partei hat m.E. drei wichtige Gründe: Erstens hat FIDESZ ein Mehrheitswahlrecht und Medienrecht etabliert, dass es oppositionellen Kräften sehr erschwert, Zugang zu öffentlichen Medien zu finden und in einem gleichberechtigten Meinungsstreit zu treten.



Rechtsextreme Schlägertrupps in der Ukraine (2014)  
Quelle: theredphoenixapl.org

Zweitens hat FIDESZ – und dabei tat sich der Orban-Clan besonders hervor – durch Alimentierung und Korruption ein Netz von Abhängigkeiten geschaffen, das eine hohe Zustimmungsrates insbesondere im ländlichen Raum für die Partei und ihre Protagonisten befördert.

Drittens ist die Stärke von FIDESZ auch Ausdruck der Zersplitterung der oppositionellen Kräfte im Land, die sich lieber gegenseitig blockieren, als gemeinsam gegen die Rechten agieren. So kam es, dass die offen rassistische Partei JOBBIK zeitweilig die einzig einflussreiche Oppositionskraft zu FIDESZ darstellte.

Dieses Problem konnte im vergangenen Jahr durch die demokratischen Kräfte in Ungarn in Ansätzen überwunden werden. In Budapest und einigen anderen Städten verständigten sich die oppositionellen Kräfte – im Sinne des neuen Wahlrechts – auf einen gemeinsamen Kandidaten, so dass es im Sinne des Mehrheitswahlrechts gelang, tatsächlich mehr Stimmen als die FIDESZ-Vertreter zu erreichen und damit die Machtpositionen in mehreren Städten zu übernehmen. Das sind erfreuliche Tendenzen, jedoch bedeutet das nicht, dass die rassistische Politik gegenüber Roma oder Flüchtlingen auf-

gehoben wäre. Hier ist noch vielfältiger zivilgesellschaftlicher Widerstand nötig.

*Welche Präsenz hat die FIR in den angesprochenen Ländern und welcher Widerstand regt sich dort gegen nationalistische Hetze, Rassismus, Geschichtsrevisionismus und Kriegspropaganda?*

U.S.: Wir müssen leider konstatieren, dass in den baltischen Staaten und in Polen die antifaschistischen und Veteranenorganisationen außerordentlich schwach aufgestellt sind. Wer sich zum Beispiel in den baltischen Staaten gegen die Heroisierung von SS-Kollaborateuren wehrt oder an die historische Wahrheit der Befreiung der Länder durch die sowjetischen Streitkräfte vor 75 Jahren erinnert, der gilt dort als „Russen-Knecht“. Proteste gegen SS-Aufmärsche werden polizeilich verfolgt.

In Polen versucht die PiS-Partei mit ihrer nationalkonservativen Geschichtswende jegliche Erinnerung an die Sowjetunion zu tilgen. Nur die antikommunistischen Veteranen der „Heimarmee“ (AK) bekommen gesellschaftliche Anerkennung, alle anderen Gruppen müssen unter teils schweren Bedingungen um ihre Akzeptanz ringen. Und da die Veteranen zumeist in sehr hohem Alter sind, fehlt ihnen die Kraft, sich ge-

gen die Dominanz der staatlichen Geschichtspolitik durchzusetzen.

Aber nicht nur im Baltikum und Polen gibt es Herausforderungen für politisches Handeln gegen nationalistische Hetze und Kriegspropaganda. In Prag hetzen seit Monaten Geschichtsrevisionisten gegen das Denkmal für den Befreier von Auschwitz und Prag Marschall der Sowjetunion Konew. Erst wurde das Denkmal mit Farbe beschmier, jetzt hat die Bezirksregierung beschlossen, das Denkmal entfernen zu lassen. Es war ein erfreuliches Zeichen, dass am 27. Januar 2020 mehrere hundert Prager Bürger sich an diesem Denkmal versammelt hatten, um der Befreiung des KZ Auschwitz durch die sowjetischen Streitkräfte zu gedenken.

Ähnlich klare politische Signale erhalten wir aus vielen europäischen Ländern, in denen die antifaschistischen und Veteranenverbände der FIR als Teil der gesellschaftlichen Gegenkräfte für ein wahrheitsgemäßes Geschichtsbild und gegen die drohende Kriegsgefahr eintreten. Und diese Kraft wird im Mai 2020 zum 75. Jahrestag der Befreiung bzw. zum „Tag des Sieges“ auf den Straßen und Plätzen deutlich sichtbar werden.

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

## Amok und rechter Terror - kein Widerspruch

*Zur Auseinandersetzung dem rassistischen Amokläufer und die Morde in Hanau – von Peter Novak*

Knapp 7 Monate ist es her, da sorgte ein rassistischer Mord in Wächtersbach eine kurze Zeit lang für mediales Interesse. Am 20. Juli 2019 hatte Roland K. auf einen Mann aus Eritrea geschossen. Das Opfer konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden. [...]

In beiden Orten waren Deutsche Täter, die Amok mit faschistischer Gesinnung verbanden. Das war und ist kein Widerspruch. Es wäre auch interessant, die bekannten Amokmorde in Schulen in den USA, aber auch in Erfurt unter dem Gesichtspunkt zu untersuchen.

Es handelt sich bei den Tätern immer um junge Männer, die ihren Abgang mit einer zur Schau gestellten Männlichkeit und der Einteilung in Menschen, die leben bleiben können und andere, die sterben müssen, inszenieren.

Bei einigen dieser Schulmassaker stilisieren sich die Amokläufer regelrecht als die Herren, die über Leben und Tod von Menschen entscheiden. Hier finden sich also in der Regel auch dann faschistische Motivationen, selbst wenn die Täter nie in der rechten Szene aktiv waren.

Das gilt auch für den Amokläufer David Sonboly, der am 22. Juli 2016 in München 9 Menschen, alle hatten einen Migrationshintergrund, ermordete. Erst mit einiger Verzögerung stufte die Staatsanwaltschaft die Taten als rassistisch motiviert ein. Dagegen fällt nach der Bluttat von Hanau auf, dass die Justiz und ein großer Teil der Öffentlichkeit sofort anerkannten, dass es sich um eine rassistisch motivierte Tat handelte. Lediglich das rechte Spektrum wollte keine politische Motivation erkennen und klassifizierte die Tat als Bluttat eines psychisch kranken Menschen. Das ist aus Sicht der Rechten auch klar. Sie wollen einen möglichst großen, auch ideologischen Abstand zwischen sich und dem Täter herstellen.

Doch Wahnsinn und Faschismus sind eben keine Gegensätze, sondern können sich gegenseitig bestärken. Ich würde auch diverse islamistische Bluttaten der letzten Jahre als "faschistische Morde" klassifizieren. Sie haben sich gegen die gleichen Gruppen gerichtet, die auch andere Rechte zum Feindbild erkoren haben, Juden, Liberale, Feministinnen, Vertreter moderner Kultur und eine Presse, die keinen besonderen Respekt vor irgendwelchen religiösen Praktiken hegte. Die Islamisten reklamieren ihre Taten mit einer speziellen Lesart des Islam, andere faschistische Amokläufer haben andere historische Texte zur Rechtfertigung herangezogen. [...]

*Quelle: Telepolis (21.2.2020)*

# “Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!”

von Bernhard Trautvetter, Essener Friedensforum

75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus ist die Parole der Friedensbewegung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ so aktuell wie damals. Bert Brecht mahnt im Epilog des Theaterstücks *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* — einer Parabel über Hitlers Aufstieg und Machtergreifung:

*„Die Völker wurden seiner Herr, jedoch — Dass keiner uns zu früh da triumphiert — Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“*

Die Instabilität, der Konkurrenzdruck auf den vom Lohn Abhängigen im Kampf um Chancen auf eine gesicherte Existenzgrundlage und die Meinungsmache der Herrschenden wirkt bis in die Gegenwart fort, sodass man folgern kann: Der Faschismus war und ist möglich.

Heute haben wir eine antifaschistische Bewegung mit langer Tradition und Erfahrung. Worum es beim Faschismus geht, das verdeutlicht besonders eindringlich das zentrale Zitat aus der Rede „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ von Georgi Dimitroff aus dem Jahr 1935:

*„Der Faschismus an der Macht ist (...) die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, (...) ein System der Provokationen (...) gegenüber der Arbeiterklasse (...) und der Intelligenz. Das ist (...) Barbarei (...), zügellose Aggressivität. (...) Der deutsche Faschismus spielt die Rolle (...) des Hauptanstifters des imperialistischen Krieges ...“.*

Dimitroffs Faschismusdefinition beinhaltet zum einen den ökonomischen Bezug zum Finanzkapital und zum anderen den politischen Bezug zu Fragen der Demokratie sowie auch die Rolle als aggressiver Kriegstreiber.

## Schwarze Freitage und Weltwirtschaftskrise

Beginnen wir mit dem Finanzkapital: 2020 — ein Dreivierteljahrhundert nach der Befreiung von Faschismus und Krieg — leben wir wieder in einer Zeit, die die Gefahr des Rückfalls in

Faschismus und Krieg aufgrund der Ökonomie greifbar erscheinen lässt.

Dem Faschismus ging vor seiner Machtübernahme 1933 ein wirtschaftliches Fiasko des Kapitalismus voraus: Die Weltwirtschaftskrise 1929, die heute oft in Verbindung mit dem sogenannten Schwarzen Freitag an der New Yorker Börse gebracht wird. Damals sackte der Dow-Jones-Index innerhalb von nur einer Woche von 326 auf 230 Punkte ab. Dieser Kurseinbruch bedeutete Börsenverluste von offiziell mehr als 15 Milliarden US-Dollar und den entsprechenden Verlust von über 4,5 Millionen Arbeitsplätzen allein in den USA.

Dieser New Yorker Börsencrash wirkte bis Europa und traf vor allem das Deutsche Reich, das seit 1924 erhebliches Kapital aus den USA erhalten hatte.



Foto: Massenandrang bei der Berliner Sparkasse nach Schließung der Banken, 13. Juli 1931  
Quelle: Bundesarchiv / Georg Pahl

## Der Aufstieg des Hitlerfaschismus

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland stieg bis 1932 auf sechs Millionen. Durch die Größe der damaligen Familien war davon ein Drittel der Bevölkerung betroffen.

Mit dem entsprechenden Absinken der Kaufkraft und damit der Steuereinnahmen des Staates, mit der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie der Kürzung von Beamtengehältern und der Altersrenten sowie der Sozialleistungen war der Rückgang der Staatsausgaben um ein Drittel verbunden. Die Produktion ging auf die Hälfte des Standes vor 1928 zurück. Es kam also zu immer wieder erneuten Entlassungen und Zahlungsschwierigkeiten vieler deutscher Banken und zum Konkurs vieler kleiner und mittlerer Betriebe.

Bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 errang die NSDAP 2,6 Prozent; am 14. September 1930 erreichte sie 18,3 Prozent und war damit zweitstärkste Fraktion nach der SPD. Am 31. Juli 1932 bekam die NSDAP 37,4 Prozent der Stimmen und wurde stärkste Partei im Reichstag.

Heinrich Brüning, der Reichskanzler von März 1930 bis Mai 1932, sah die Finanzierung durch die Großindustrie als letzte Ursache für den Aufstieg Hitlers.

## Die Weltwirtschaftskrise der Gegenwart

Aus der Immobilienkrise 2008 in den USA wurde eine weltweite Bankenkrise. Die Insolvenz der Bank Lehman Brothers löste eine Lawine aus, die viele Länder in die Krise riss. Und in Europa kam eine Währungskrise hinzu.

In den USA kostete die Rettung des Bankensystems in Reaktion auf den Krisenausbruch 2008 circa 700 Milliarden US-Dollar, der deutsche Rettungsschirm umfasste mit 500 Milliarden Euro ähnlich astronomische Höhen.

Neben Banken und Industriekonzerne traf die Finanzkrise Staatshaushalte, besonders in wirtschaftlich schwächeren Ländern des Euroraums. Sinkende Steuereinnahmen, steigende Sozialausgaben, Rettungsmilliarden für Banken und explodierende Arbeitslosigkeit führen zu immer neuen Belastungen und Unsicherheiten.

Die Arbeitslosenrate in der Europäischen Union (EU) schoss von 2008 bis 2010 um etwa ein Drittel — von 7 Prozent auf 9,6 Prozent — in die Höhe. In den Jahren 2010 bis 2013 stieg sie weiter auf 10,9 Prozent. Obwohl sie danach in einigen Staaten und im EU-Durchschnitt wieder sank, liegt darin keine Entwarnung.

Die Herrschenden haben erneut — wie in den 1920er-Jahren — auf eine Entwicklung ökonomischer Instabilität mit unterschiedlichen Mitteln reagiert. Eines der Mittel ist der Aufstieg nationaler, rassistischer und demokratieverachtender Kräfte. 2017

zählte die offizielle Statistik immer noch über zwei Millionen mehr Menschen in der EU arbeitslos als im Jahr 2008.

Die Verlagerung von Produktionsstätten in sogenannte Billiglohnländer — auch Osteuropas — die Zunahme an befristeten und Teilzeitverträgen führten und führen zu einer Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiterklasse und zu Forderungen nach Abstrichen in der Sozial- und Tarifpolitik auf Kosten der Benachteiligten, die sich entsprechend zurückgesetzt erleben. Zu den ökonomischen Resultaten der Zeit nach Ende des Kalten Krieges gehört die Tatsache, dass Deutschland immer noch der größte Niedriglohnsektor der Europäischen Union ist.

Wer blind gegenüber den systembedingten Ursachen für diese Lage ist, bei dem haben Nazis gute Chancen, Gehör zu finden. Ihre Hetze gegen besonders Bedürftige lenkt auch davon ab, dass sowohl die Hochrüstung als auch die (Steuer-)Begünstigung der Superreichen Milliarden verschlingen, die in der Sozial-, Bildungs-, Infrastruktur- und Umweltschutzpolitik fehlen.

Im Sog der Finanz- oder, besser gesagt, Weltwirtschaftskrise ab 2008 breitete sich die Strömung, die in den bürgerlichen Medien „Rechtspopulisten“ genannt werden, global immer weiter aus — etwa in Skandinavien, Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien, Italien, Österreich, der Schweiz und Deutschland. Eine parallele Entwicklung ist in Indien, den USA, auf den Philippinen, in Japan und Israel sowie in Südamerika, hier vor allem in Brasilien, zu beobachten. Die Unterstützung der entsprechenden Parteien in Europa hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten — gemessen an den Wahlergebnissen — mehr als verdreifacht.

### Rechter Terror als Wirkung von rassistischer Ideologie

Die Medien der Herrschenden — und längst nicht nur die Springerpresse, sondern auch vermeintliche Qualitätsmedien wie der Spiegel — sowie rechte Medienportale befeuern diese Bewusstseinsentwicklung systematisch und regelmäßig. Sie skandalisieren vermeintliche Ungerechtigkeiten zugunsten von Flüchtlingen und anderen sozi-

albedürftigen Menschen. So werden benachteiligte und teilweise gänzlich entrechtete Menschen gegeneinander aufgebracht.

Seit der Übernahme der DDR durch die BRD sind ca. 200 Morde aus dem rechtsradikalen Lager zu beklagen. Die Statistik des Bundesinnenministeriums in den „Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) listet für das Jahr 2018 bei den „Gesamtstrafataufkommen“ auf: PMK „rechts“: 20.431 und PMK „links“ 7.961 Straftaten.

Diese nicht nur „optische“ Verharmlosung rechter Kriminalität koexistiert mit einer Begünstigung, die damit zusammenhängt, dass rechte Ideologien wie der Antikommunismus in den sogenannten Sicherheitsorganen kein Einzelfall sind. Es gibt viele Verdachtsmomente und auch Belege über eine Verstrickung staatlicher Strukturen mit Nazis, wie der NSU-Terror und der Mord an Regierungspräsident Lübcke offenlegte.

### Finanzamt entzieht VVN-BdA die Gemeinnützigkeit

Ganz anders ist dagegen der staatliche Umgang mit Demokraten, wie das Beispiel der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA) zeigt.

Gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Gefängnisse ist die Vereinigung die größte überparteiliche und konfessionslose Organisation von Antifaschisten in Deutschland.

Am 4. November 2019 hat die Berliner Finanzbehörde der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkannt und gleichzeitig eine Steuernachzahlung in fünfstelliger Höhe für das Jahr 2018 gefordert. In dem Finanzamtschreiben wird die Entscheidung damit begründet, dass der Verein in den Verfassungsschutzberichten Bayerns seit Jahren als „linksextreme Vereinigung“ geführt werde.

Die Tatsache, dass sich die VVN-BdA auf den „Schwur der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald“ beruft, macht sie verdächtig. Laut dem hessischen Verfassungsschutz bezeichnet der Schwur den Kapitalismus

als den eigentlichen Urheber des Faschismus. „Konkludent lehnt die VVN also die ‚kapitalistische‘, mithin freiheitliche demokratische Grundordnung ab“.

Der als verfassungswidrig eingestufte Schwur von Buchenwald lautet im Original vom 19. April 1945:

*„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“*

### Militärprogramm der AfD

Auszug aus: „Streitkraft Bundeswehr – Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands“ des „Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Fraktion im Bundestag“ (2019)

- Die Bundeswehr pflegt einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte.
- Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit.
- Die Bundeswehr lebt die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte. Sie helfen, soldatische Haltung und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon.
- Traditionswürdigkeit beruht stets auf einer Einzelfallbetrachtung. Persönlichkeiten und militärische Ereignisse sind stets im Kontext der jeweiligen Epoche zu bewerten.
- Taktische und strategische Lehrbeispiele aus der deutschen und internationalen Militärgeschichte dienen der Truppe zur Wissensvermittlung und damit zur Auftrags Erfüllung.
- Gelöbisse, Zapfenstriche, Tage der offenen Tür, Biwaks und Paraden machen den Soldaten in der Öffentlichkeit sichtbar und werden gefördert.
- Patenschaften zu militärischen Standorten und Organisationen werden gepflegt und unterstützt.
- Die Bundeswehr erhält Eingang in die Unterrichts- und Ausbildungspläne der Schulen.
- Angriffe und Anfeindungen gegen Soldaten werden strafrechtlich konsequent verfolgt.

(Kommentar: siehe dazu Seite 8)



# Faschismus, Militarismus und Bundeswehr

von Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA

Die NATO zieht demnächst mit zigtausenden Soldaten und waffenstärkend an die russische Grenze. Auch die Bundeswehr ist wieder vorneweg. "Wir dürfen uns nicht wegducken" sagen die Generäle und "Wir müssen Verantwortung übernehmen" predigt Annegret Kamp-Karrenbauer.

Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag und in alle Landtage, vor allem die Wahl eines thüringischen FDP-Politikers mit den Stimmen der Faschisten und Profaschisten der AfD ist für alle erkennbar ein sichtbares Zeichen für die politische Rechtsentwicklung in unserem Land. Dazu gehört auch, dass die Militarisierung der Gesellschaft voranschreitet und – was oft übersehen wird – die AfD in der Bundeswehr eine sehr einflussreiche Rolle spielt. Ohne falsche Analogien zu ziehen, gewinnt vor diesem Hintergrund die historische Erinnerung an die Jahre 1932/33 neue Aktualität.

Das Gedenken an die Opfer muss verbunden sein mit der Erinnerung daran, wer die Täter waren. Das heißt: Benennung der Schuldigen und der Nutznießer an der Errichtung der nazistischen Herrschaft in Deutschland und an der Entfesselung des Krieges. Anders als viele Medien, die von einer „Machtergreifung Hitlers“ am 30. Januar 1933 sprechen, hat schon vor vielen Jahren der Überlebende des KZ Buchenwald und die führende Person in der VVN-BdA Emil Carlebach den Slogan propagiert: „Hitler war kein Betriebsunfall“. Und in seinem Sinne gilt es, diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die ein Interesse an der Errichtung und Etablierung der faschistischen Herrschaft und am Krieg hatten, zu benennen.

1964 wurde Generalinspekteur de Maiziere in der FAZ zitiert mit dem leichtfertig ausgeplauderten Satz:

*„Nicht Landesverteidigung darf der Programmpunkt unserer Sicherheit heißen. Der einzige militärische Auftrag, den sie zu erfüllen vermag, (sei) Zünder zu sein für die große Explosion“*

Der damalige Generalinspekteur Klaus Naumann wurde 1993 vom SPIEGEL mit den Worten zitiert:

*„Es gibt nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen“.*

Es ist davon auszugehen, dass die Generäle, deren Einflüsterungen die heutige Verteidigungsministerin folgt, ähnlich auch heute denken und handeln.

Kennzeichnend ist auch der Satz des damaligen Verteidigungsministers Rupert Scholz (CDU), der 1991 vor Generälen und Wirtschaftsführern sagte: Nach Überwindung der wichtigsten Folgen des zweiten Weltkrieges „sind wir heute damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen“. Scholz ging es um die Zerstörung Jugoslawiens. Es darf davon ausgegangen werden, dass auch andere Folgen des Ersten Weltkrieges noch zur Disposition stehen, nicht nur die Gründung der UdSSR – die ist revidiert – sondern die Souveränität Russlands durch Einkreisung und Regimechange, notfalls mit militärischen Mitteln.

Die VVN-BdA hat stets die friedenspolitischen und antimilitaristischen Gebote des Völkerrechts verteidigt, wie sie für Deutschland 1945 festgelegt wurden und wie sie noch im Grundgesetz von 1949 niedergelegt waren, das keine Bewaffnung Deutschlands kannte.

Doch dann, vom 4. bis 9. Oktober 1950, formulierten im Eifelkloster Himmerod ehemalige Generäle Hitlers im Auftrag der Bundesregierung eine geheime Denkschrift zur Aufstellung und Ausrüstung einer neuen Wehrmacht für die BRD. Die Denkschrift enthielt die Bedingungen: „Aufhebung der Verordnungen über die Entmilitarisierung“ und „Rehabilitierung“ des deutschen Wehrmachtsoldaten und der Waffen-SS. Diese Vorbedingungen werden von der Bundesregierung akzeptiert. Nicht ein einziger Wehrmachtssoldat, der zur Bundeswehr kam, wurde wegen seiner Kriegsverbrechen verurteilt. Die

Bundeswehr war und blieb ein Hort der Nazis und Neonazis.

Ein weiteres wichtiges Datum war die Bundestagssitzung vom 30. Juni 1960: Herbert Wehner, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, verkündete die Beendigung jedweder antimilitaristischer Bewegung der SPD und nahm zugleich den erst ein Jahr zuvor bekanntgegebenen Deutschlandplan der SPD zurück, der ein Mitteleuropa des Friedens und der Entspannung, ohne Militärblöcke und Kernwaffen vorsah. In der Folge werden hunderte Funktionäre aus der sozialdemokratischen Partei und Bewegung ausgeschlossen, viele verloren ihren Arbeitsplatz. Dennoch entwickelt sich nunmehr die unabhängige Ostermarschbewegung. Wir wissen heute, dass das damals abgelegte Bekenntnis zur NATO und zum Militär die Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung war und noch ist. Erst war es so bei der SPD, später bei den Grünen. Wir wissen auch, dass militaristische Politik, damals a la Wehner, immer auch eine Vernichtung von Demokratie darstellt.

## Zivil-militärische Zusammenarbeit

Ein weiteres Datum, das wichtig, aber kaum bekannt ist: Am 17. Februar 2005 gab es eine Nachtsitzung des Bundestages, an deren Ende ohne Aussprache eine „Neuordnung der Reserve der Bundeswehr“ beschlossen wurde. SPD und Grüne hatten sie beantragt. Hundertausende von ehemaligen Bundeswehrsoldaten sollen ständig einsatzbereit sein. Es wird das Alter, in dem Wehrpflichtige auch Reservisten sind, von 45 auf 60 Jahre angehoben. Sie sollen auch im Spannungs- und Notstandsfall und zur "Hilfeleistung im Inland" herangezogen werden. Rund eine Million Reservisten sind im Deutschen Reservistenverband organisiert, darunter zahlreiche Rechtsextremisten und Neonazis. Sie sind inzwischen den in allen kreisfreien Städten und Landkreisen bestehenden Kommandos unterstellt, die von Reserveoffizieren angeführt werden. Sie ha-



ben Kommandozentralen in den Rathäusern zur Verfügung und hebeln die zivile Verwaltung ggf. aus. Die damit begründete Zivil-Militärische Zusammenarbeit und die Reservistenverbände sowie der Bundeswehrverband stellen ein kaum beachtetes, aber gewaltiges Reservpotential für Nazis und Neonazis dar.

## Rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr

Heute kann von einer Schattenarmee gesprochen werden, die daraus erwuchs. Prepper-Netzwerke (von prepare, sich vorbereiten), denen auch Elite-Soldaten, Polizisten und Verfassungsschützer angehören, horten gestohlene Munition für den Tag X. Und sie erstellen Feindes- und Todeslisten mit Namen von linken und demokratischen Politikern und Journalisten.

Im Einzelnen:

Marko G., ein mutmaßlicher Anführer der rechten Terroristengruppe »Prepper Nordkreuz«, wurde kürzlich in Schwerin auf freien Fuß gesetzt. Er wurde lediglich des illegalen Waffenbesitzes für schuldig befunden, erhielt Bewährung. Nun kann der Polizeiausbilder weiter seinen Naziladen in Schwung halten, der Todeslisten aufstellt und per Internetnetzwerk koordiniert wird – bereit, am Tag X in Aktion zu treten.

Ähnliche Gruppen arbeiten um den als islamistischen Gewalttäter getarnten Oberleutnant Franco Albrecht, um die Polizisten des 1. Innenstadtpolizeireviers in Frankfurt am Main, um »Hannibal« Andrés Verein Uniter e.V., ferner um Teile vom Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr. Es gibt AfD-Offiziersgruppen, von denen sich die Partei ihr Militärprogramm ausarbeiten ließ. Auch die 1,3 Millionen starken Feuerwehrverbände sowie Reservistengruppen sind von NPD- und AfD-Kräften durchdrungen.

## Was ist zu tun?

Die Entwicklung der Netzwerke, ja der geheimen Armee in Bundeswehr und Polizei, betrieben von Völkischen, von Rassisten, ja Neonazis, beunruhigt uns. Aber wir warten nicht auf den Tag X. Dann wäre es zu spät. Heute müssen wir handeln.

1. Das im Grundgesetz Artikel 26 festgeschriebene Verbot zur Führung eines Angriffskrieges wurde ebenso nie ernsthaft beachtet, wie der im Artikel 87a GG festgelegte Auftrag, dass die Streitkräfte nur zur Verteidigung eingesetzt werden dürfen. Wir kämpfen für die Einhaltung des Grundgesetzes. Möglichst für die Wiederherstellung des Grundgesetzes von 1949, die kein deutsche Militär kannte.

2. Die AfD und andere wollen die Migrationsfrage militärisch lösen, mit Militär an der Grenze gegen die Migranten vorgehen. Diesen lebensbedrohenden Rassismus müssen wir entlarven. Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören.

3. Das KSK ist aufzulösen. Es ist die Keimzelle des rechten Terrors im Lande. Ebenso klären wir überall, wo wir können, über die Rolle der Reservistenverbände und des Uniter e.V. auf.

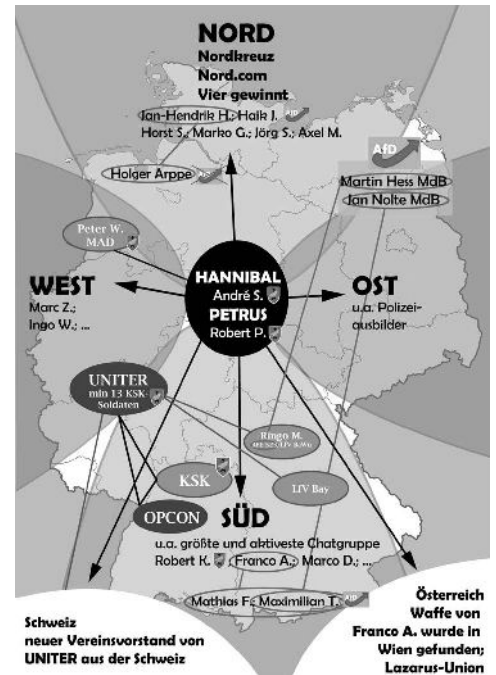
4. Kommunale Vorbereitungen zur Militarisierung in den Kommunen wurden getroffen. Räume für einen Krisenstab unter Leitung der Bundeswehr wurden bereitgestellt. Die Friedensbewegung vor Ort sollte das prüfen: Wer zahlt das Alles? Wo lagern die Waffen der Reservisten?

5. Deutschland ist wieder einer der größten Produzenten von Rüstungsgütern. Waffen »Made in Germany« werden in viele Länder geliefert. Darunter kriegführende Staaten wie Saudi Arabien. Vor allem Rheinmetall muss unseren weiteren Protest erleben. Fortsetzung der Kampagne »Abrüstung statt Aufrüstung«.

6. Wir fordern Ermittlungen gegen den Rechtsterrorismus. Die rund 500 nicht vollstreckten Haftbefehle gegen Neonazis sollen die Polizei zum Handeln zwingen.

7. Stopp der Militarisierung des öffentlichen Lebens. Auch Friedensbewegte und Angehörige des Gesundheitswesens sollten die kostenlose Fahrt mit der DB verlangen. Demonstratives »Schwarzfahren« gegen das »Tarnleckfahren« ist zu prüfen.

8. Gelöbnisse sollten nicht kampfflos hingenommen werden. Sie dienen der Militarisierung der Gesellschaft. Sie sollen das militärische Tötungs- und Sterbegebot durchsetzen. Am 6. Mai 2020 ist es 40 Jahre her, seit die Militär- und



Grafik aus IMI-Studie Nr. 4b/2019: Der Hannibal-Komplex – Ein militantes rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten. Quelle: <http://imi-online.de>

politische Führung ein großes Fiasko erlitt, das darin bestand, dass die öffentliche Rekrutenvereidigung zum 25. Jahrestag des NATO-Beitritts der BRD im Bremer Weser-Stadion erheblich gestört wurde.

9. Die Bewegung »Schule ohne Bundeswehr« sollte wieder zu unser aller Sache gemacht werden.

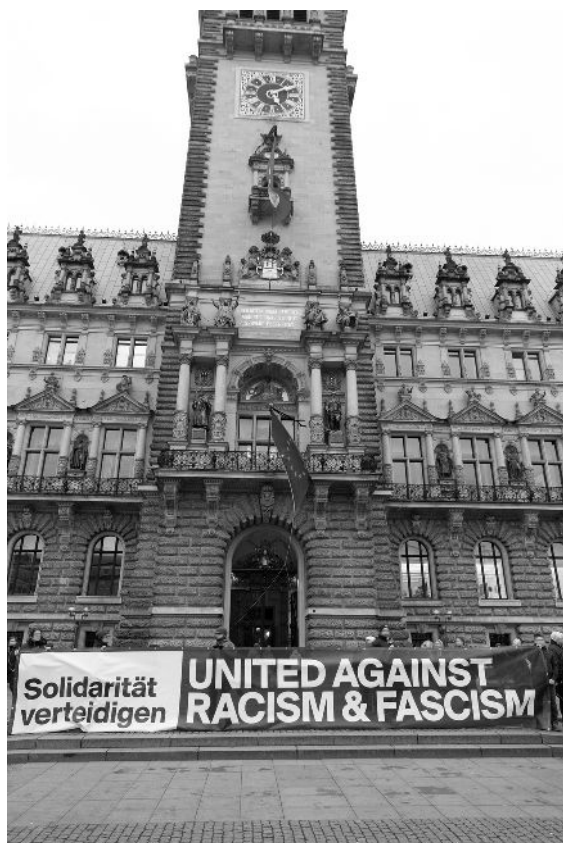
10. Die Traditionen der faschistischen Wehrmacht und ihrer »Kriegshelden« werden von uns angegriffen. Adolf Heusinger und die vielen anderen Offiziere stehen für die Kontinuität der Traditionspflege der Bundeswehr. Nach wie vor ist das Eiserne Kreuz das nationale Erkennungszeichen der Bundeswehr und das verklärte »Sinnbild für Tapferkeit und Ritterlichkeit«.

11. Kasernennamen werden wir weiter unter die Lupe nehmen, die Traditionsarbeit der Bundeswehr beobachten. Noch immer gibt es über 20 Kasernen die nach Helden der Hitlerwehrmacht und weitere 37, die nach kriegseroberern benannt sind.

12. Im Jahr 2021 begehen wir hundertfünfzig Jahre einiges Deutschland. Es kam durch Krieg, durch »Blut und Eisen« (Bismarck) zustande. Die Lehren der Geschichte wurden nie gezogen: Zwei Weltkriege gingen von Deutschland aus. Antikriegsaktionen zum 150. Jahrestag sind fällig.

# Rechtsverschiebung gehört zu aggressiver Weltpolitik

von der Redaktion German Foreign Policy



Hamburg 20.02.2020 Demonstration und Gedenken für die Opfer des rassistischen und rechtsextremen Terrors in Hanau.  
Quelle: Rasande Tyskar (Flickr)

## "Party-Patriotismus" und "Pleite-Griechen"

Nationalismus ist von Politik und Medien in Deutschland bereits seit Mitte der 2000er Jahre systematisch gefördert worden - in einer Zeit, in der die Bundesrepublik dabei war, sich offen als dominante Macht in der EU zu positionieren. Ein prominentes Beispiel ist der sogenannte Party-Patriotismus, der seit 2006 unter dem Beifall der politischen Eliten regelmäßig bei Fußball-Welt- und Europameisterschaften zelebriert wird. Schon kurz nach der Fußball-WM des Jahres 2006 kamen Sozialwissenschaftler in einer Untersuchung zu dem Schluss, der "Party-Patriotismus" habe zu einem "Anstieg des Nationalismus" geführt; dieser jedoch gehe bekanntermaßen mit einer verstärkten "Abwertung" etwa von Migranten einher. Seit etwa 2010 verband sich der zunehmende Nationalismus mit teils offen rassistischer Agitation gegen EU-Staaten, denen die Bundesregierung Kürzungsdiktate oktroyierte; von "Pleite-Griechen" und "faulen

Südländern" war die Rede. Selbst Kanzlerin Angela Merkel appellierte damals offen an Ressentiments: "Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig."

## Antimuslimischer Rassismus

Rassistische Ressentiments werden zudem systematisch im Zusammenhang mit den Kriegen und den Machtkämpfen gestärkt, die Deutschland in zunehmendem Maß führt. Exemplarisch war dies schon im Rahmen des sogenannten Anti-Terror-Kriegs seit Ende 2001 der Fall, als Muslime im Westen - nicht zuletzt in der Bundesrepublik - unter Generalverdacht gerieten und unterschiedslos staatlicher Diskriminierung, etwa polizeilicher Rasterfahndung, unterzogen wurden. Während auch die Bundeswehr in islamischen Ländern operierte und staatliche deutsche Stellen zu Verschleppung und Folter verdächtiger Muslime beitrugen, schrieben deutsche Leitmedien, der Islam schlechthin sei "vergleichbar mit dem Faschismus". Damals wurde ein antimuslimischer Nährboden geschaffen, der später zum Beispiel in den Pegida-Demonstrationen, aber auch in einer von antimuslimischem Rassismus dominierten Szene von Internetaktivisten seinen Ausdruck fand. Diese Szene besteht bis heute. In ihrem Dunstkreis entwickelten nicht zuletzt die Massenmörder von Utøya (2011) und von Christchurch (2019) ihre Mordpläne.

## Bundesbank-Autor, Bertelsmann-Imperium

Antimuslimische Agitation dient Teilen der deutschen Eliten seit Jahren auch dazu, die Stimmung gegen ökonomisch nicht nutzbringende Migration anzukurbeln. Hintergrund ist die Überlegung, Deutschland benötige "gut ausgebildete Fachkräfte und Experten", um sich in der globalen Wirtschaftskonkurrenz gegen ihre Rivalen durchzusetzen; diesen Gedanken for-

mulierte im Jahr 2010 ein damaliges Vorstandsmitglied der Bundesbank. Die "muslimische Migration" hingegen, schrieb Thilo Sarrazin damals mit Blick auf die in den 1960er und 1970er Jahren angeworbenen Arbeiter aus der Türkei und Nordafrika, sei nicht "gut ausgebildet", sie benötige man nicht. Sarrazins Thesen werden bis heute mit ungebrochenem Interesse in einflussreichen Organisationen deutscher Wirtschaftsexperten und Unternehmer diskutiert. Sarrazins Schrift "Deutschland schafft sich ab", in dem der Autor Überlegungen anstellte, wie "Türken und Araber" durch einen Mix aus Kürzungen von Sozialleistungen und aus Repression in ihre Herkunftsländer zurückgedrängt werden könnten, ist von einem renommierten Verlag (DVA) aus dem einflussreichen Bertelsmann-Imperium veröffentlicht und immer wieder neu aufgelegt worden. Bereits 2012 stieg die Zahl der verkauften Exemplare auf 1,5 Millionen. Die Breitenwirkung des Bertelsmann-Buchs hält bis heute an.

## Innere Einsatzfolgen

Die Bemühungen, Deutschland im Kampf um die Weltmacht größere Schlagkraft zu verschaffen, haben nicht nur allgemein Rassismus gefördert, sondern auch in gesellschaftlichen Teilspektren zu einer klaren Rechtsverschiebung geführt. Dies trifft etwa auf die Bundeswehr zu. Bereits vor rund eineinhalb Jahrzehnten warnen Militärexperten, in den Streitkräften würden die Prinzipien der sogenannten Inneren Führung im Rahmen der Vorbereitung auf Auslandseinsätze systematisch "an den Rand gedrängt"; Slogans wie "kämpfen können und kämpfen wollen" förderten "eine ganz eindeutig rechtslastige Motivationsstruktur". In der Tat sind in der Bundeswehr seit einiger Zeit ultrarechte Kreise in der Offensive; dies drückt sich in einschlägigen Publikationen, aber auch im Auftreten ultrarechter Soldatenorganisationen wie etwa Uni-ter aus.

## "Instrument hybrider Kriegführung"

Hinzu kommt, dass regierungskritische Organisationen zunehmend unter Druck geraten und zum Teil beschuldigt werden, Instrumente fremder Mächte zu sein. So wird einer wachsenden Zahl kritischer Nichtregierungsorganisationen die Gemeinnützigkeit entzogen; zuletzt traf diese Maßnahme, die die jeweiligen Verbände in den finanziellen Ruin zu treiben droht, nach den NGOs Attac und Campact die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA),

die seit ihrer Gründung im Jahr 1947 gegen ein Wiedererstarken der extremen Rechten und gegen Rassismus eintritt. Die Schülerdemonstrationen für verstärkten Klimaschutz wurden im vergangenen Jahr von Kanzlerin Merkel verdächtigt, lediglich ein Instrument "hybrider Kriegführung" zu sein: "Dass plötzlich alle deutschen Kinder nach Jahren ohne jeden ... äußeren Einfluss auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann man sich nicht vorstellen", äußerte Merkel im Februar 2019 in ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

## Profiteur AfD

Die autoritäre Formierung, die wiederkehrende Förderung von Rassismus - aktuell klagen Kritiker über zunehmenden antichinesischen Rassismus in den Medien - und die Rechtsverschiebung etwa bei der Bundeswehr nutzen der AfD, die ihrerseits von Teilen der deutschen Eliten gegründet wurde und bis heute getragen wird. In ihrem Erfolg kulminiert das Begleitprogramm des Berliner Establishments zur neuen deutschen Weltpolitik.

## Wes Lied du singst

### In Israel rufen faschistoide Nationalreligiöse offen zum finalen Sieg über die Palästinenser auf

Von Nirit Sommerfeld

Nicht alle in Israel sind gegen den Frieden. Reaktionäre Kräfte können sich diesen jedoch nur als einen triumphalen Siegfrieden vorstellen. Die Unterwerfung, Vertreibung oder Vernichtung des Feindes sei alleine der Garant für die ersehnte Kirchhofsruhe. Eine Plakataktion in Tel Aviv und Presse-Artikel versuchen diese Ideologie in den Köpfen der Menschen zu verankern. [...]

Die Plakate zeigen den Palästinenserpräsidenten Mahmoud Abbas und den Hamas-Führer Ismail Haniyeh, beide knien auf kriegszerstörtem Schutt, die Augen verbunden, die Körperhaltungen zeugen von Aufgabe; über ihnen fliegen israelische Kampfhubschrauber. In großen Lettern steht darüber: FRIEDEN MACHT MAN AUSSCHLIESSLICH MIT BESIEGTEN FEINDEN



Als Tel Avivs Bürgermeister Ron Huldai [am] 14. Februar 2020 anordnete, die Plakate zu entfernen, drohte die Organisation Israel Victory Project, die zwar nicht auf den Plakaten firmiert, sich aber für deren Existenz verantwortlich zeigt, sie würde vor Gericht ziehen, wenn dies geschehe. In Tel Aviv gab es keinen Aufschrei in der Bevölkerung.

[...] Mag sein, dass die Mehrheit der Israelis so oder ähnlich denkt, meist noch mit einem Schulterzucken und der Entschuldigung „Uns gefällt das auch nicht, aber die Palästinenser kennen leider keine andere Sprache, also haben wir keine Wahl“. Mag sein, dass diese Leute noch eine Weile das Sagen haben in Israel; mag sogar sein, dass sie noch weiter kommen mit der grandiosen Unterstützung des blondbemützten Großmauls aus Washington. Einen Frieden im wahrsten Wortsinn werden sie nicht erzielen. Und bestimmt nicht, weil die Palästinenser angeblich eine „rückständige, primitive Kultur“ haben, sondern weil kein Volk es sich gefallen lässt, jahrzehntelang vertrieben, gedemütigt und seiner Rechte beraubt zu werden. Es sei denn...

Tja, es sei denn, dieses Volk findet nirgendwo Verbündete, Unterstützer. Es sei denn, die Entrechtung wird von vielen Staaten nicht nur hingenommen, sondern unterstützt. Und genau das tun die allermeisten Staaten der sogenannten Westlichen Wertegemeinschaft, allen voran die USA, dicht gefolgt von der EU, vor allem aber von Deutschland.

Wissen die Deutschen, was genau sie da unterstützen? Ist es dieses Israel, an dessen Seite Deutschland mit seiner unverbrüchlichen Freundschaft stehen, das es mit seiner vermaledeiten Staatsräson verteidigen will? Die deutsch-israelische Freundschaft ist wichtig, bemerkenswert und geboten nach der deutsch-jüdischen Geschichte, die noch so jung ist, dass sie die wenigen Überlebenden und selbst ihre Nachfahren immer noch in schlaflosen Albtraumnächten wach hält. Aber muss Freundschaft so unverbrüchlich sein, dass selbst der Bruch von Völkerrecht, die Verletzung von Menschenrecht, die dauerhafte Zuwiderhandlung gegen internationale Vereinbarungen noch nicht einmal zu einem Streit führen dürfen? Dass noch nicht einmal Bedingungen gestellt werden dürfen? Ihr Deutsche wollt Israel Waffen oder U-Boote verkaufen oder sogar schenken? [...]

Quelle: Rubikon (27.2.2020)

# „Verantwortung übernehmen“: Codewort für Aufrüstung und Krieg

von Walter Listl. Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus



Demonstration gegen die Siko am 15.2.2020 in München, Foto: Christoph Rohde (Flickr)

## Sponsoren der Münchner „Sicherheitskonferenz“

Die Liste der Sponsoren und Gesellschafter der Münchner Sicherheitskonferenz ist bezeichnend für den Charakter der Konferenz.

Zu diesen Sponsoren gehören neben dem deutschen Verteidigungsministerium (600.000 EUR Zuschuss) vor allem die Fabrikanten des Todes: Die deutsche Panzerschmiede Kraus Maffei-Wegmann, der größte Luft- und Raumfahrtkonzern Europas Airbus, der größte US-Hersteller von Kampfflugzeugen Lockheed Martin oder Deutschlands größter Waffenproduzent Rheinmetall. Dazu gehören auch die Waffenschmieden Raytheon (USA), BAE-Systems (GB) - beide unter den größten 10 der Welt sowie Rohde&Schwarz oder ESG, MBDA (Frankreich).

Die Siko-Sponsoren gehören zu den weltweit größten Rüstungskonzernen, die nach dem Motto „wer zahlt, schafft an“ mit der Konferenz ein riesiges Propagandaforum zur Rechtfertigung immer höherer Rüstungsausgaben und weltweiter Kriegseinsätze inszenieren.

Auch der BDI forderte in seiner "verteidigungspolitischen Konferenz"

am Rande der Siko: Den Reden "von mehr Verantwortung in der Welt" müssten endlich Taten folgen. z.B. sei die Durchfahrt für Handelsschiffe in der Straße von Hormus gegen iranische Angriffe zu sichern. BDI-Chef Dieter Kempf im Originalton: "Wir brauchen neue Technologien statt Bodentruppen". Gemeint sind neue Waffensysteme.

## „Westlessness“

Eine düstere Prognose stellt der „Munich Security Report“, der jedes Jahr zur Siko erstellt wird, und der eigens dafür den Begriff „Westlessness“ kreiert hat. „Westlosigkeit“, soll heißen, der Einfluss des „Westens“ gegenüber seinen globalen Konkurrenten drohe verloren zu gehen.

*Der französische Präsident wird in dem Report mit der Feststellung zitiert: „Wir waren an eine internationale Ordnung gewöhnt, die auf der westlichen Hegemonie seit dem achtzehnten Jahrhundert beruht hatte. Jetzt ändern sich die Dinge“*

Die „Schwächung des Westens“ war durchgängiges Thema bei den Reden von Bundespräsident Steinmeier, Außenminister Maas oder des französischen Präsidenten Macron.

Zusammen mit Siko-Chef Wolfgang Ischinger wurde unisono beklagt,

die europäischen NATO-Staaten säßen bei den derzeitigen militärischen Konflikten wie in Libyen oder Syrien nur auf der Zuschauerbank.

Daher brauche es eine Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der NATO und müsse die EU zu einer „strategischen, politischen Macht“ werden.

Bis dahin ist es zwar noch weit. Aber mit dem 2%-Ziel, oder den neuen europäischen Rüstungsprojekten sei man bereits auf dem „richtigen“ Weg.

Bis dahin fordern die USA, dass Europa in wichtigen Fragen unbedingte Gefolgschaft leistet: Im Machtkampf gegen China, in Sachen Huawei oder der Nordstream 2 Pipeline.

Erneut forderte Siko-Chef Ischinger, Deutschland müsse „eine stärkere Rolle in der Welt spielen“

Ziel müsse es sein, sich ohne Wenn und Aber dazu zu bekennen, die deutsche Macht, nicht nur die ökonomische, auch die militärische in den Dienst einer handlungsfähigen EU und NATO zu stellen.

Von der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wie vom bundesdeutschen Außenminister war zu hören: „Europa muss wieder die Sprache der Macht erlernen.“

Ischinger fordert – sicher auch mit Blick auf die französischen Atomwaffen – Deutschland müsse enger mit Frankreich kooperieren, außenpolitisch, militärisch und in der Rüstungsentwicklung.

Er äußerte seine diesbezüglichen Vorstellungen bereits vor einem Jahr:

*„Die atomaren Einsatz-Optionen Frankreichs sollten nicht nur das eigene Territorium, sondern auch das Territorium der EU-Partner mit abdecken. [...] Wir müssen Europa handlungsfähiger machen, damit die EU glaubwürdiger, rascher und entschlossener europäische Interessen durchsetzen kann, sonst gehen wir unter“.*

Unter dem Vorwand eines angeblich drohenden Rückzugs der USA aus ihrer Rolle in Europa oder der NATO, wird jetzt die wachsende militärische Verantwortung der europäischen NATO-Staaten beschworen.

## „Verantwortung übernehmen“

„Verantwortung übernehmen“ ist das Codewort für weitere Aufrüstung und mehr Kriegseinsätze.

Dabei orientiert man sich an der Rede des damaligen Bundespräsidenten Gauck bei der Sicherheitskonferenz 2014 in der gefordert wurde, Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen.

Übersetzt wird das von der deutschen Politik in mehr Auslandseinsätze, mehr Waffenexporte, weitere Aufrüstung und Militarisierung der EU.

Notwendig würde dies durch den angeblichen Rückzug der USA aus ihrer „globalen Verantwortung“ und des dadurch verursachten „Westlessness“, also der drohenden Verabschiedung des „Westens“ von seiner globalen Vorherrschaft

Dazu die Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 16. Februar 2020:

*„Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die Europäer und besonders Deutschland aufgefordert, gemeinsam für ein souveränes starkes*

*Europa zu arbeiten, denn die USA zögen sich zurück, beklagte Macron bei der Münchner Sicherheitskonferenz.“*

## Rückzug der USA?

Die Fakten sprechen eine andere Sprache! Die USA denken gar nicht daran, sich aus Europa zurückzuziehen, im Gegenteil: Sie bauen ihre Präsenz und ihre Aktivitäten aus.

Schon die Planung und Durchführung des Manövers „Defender 2020“ und die damit verbundene Verlegung großer Truppenverbände aus den USA nach Europa an die Westgrenze Russlands sprechen gegen die Behauptungen vom Rückzug der USA aus Europa.

+ Die geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa, nach der Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA

+ die Modernisierung der US-Atomwaffen, die auch in Büchel lagern

+ die Steuerung der weltweiten Drohnenmorde durch die USA über die Drehscheibe Ramstein, die gerade mit mehreren Millionen Dollar ausgebaut wird

+ und vor allem das Vorrücken der NATO an die Westgrenze Russlands lassen nichts von einem Rückzug der USA aus Europa erkennen.

Diese Behauptungen werden in die Diskussion eingeführt, um auch auf diese Weise Druck in Richtung weiterer Aufrüstung und militärischer Aktivitäten der europäischen NATO-Staaten auszuüben.

Es hat sich erneut bestätigt, was im Aufruf zur Demonstration anlässlich der sog. Sicherheitskonferenz festgestellt wurde:

Dies ist eine Propagandaveranstaltung von Kriegsstrategen, Waffenproduzenten, NATO Militärs und ihrer Politiker zur Rechtfertigung weiterer Aufrüstung und der Aufrechterhaltung der imperialen Vormachtstellung des „Westens“.

Sie sind verantwortlich für weltweite Kriege, millionenfaches Flüchtlingselend und Umweltzerstörung.

Sie sind die VertreterInnen einer Wirtschaft, die tötet.

Die Friedensbewegung muss wachsen und das Thema Kriegsgefahr muss in alten wie neuen sozialen Bewegungen auf die Agenda.

## Nein zum NATO-Manöver - ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

*DGB-Aufruf gegen das "DEFENDER 2020"-Manöver der NATO in Europa (26.2.2020)*

Unter der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ plant die NATO im April und Mai 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Manöver soll einerseits erprobt werden, kampfstärke Großverbände aus den USA im Bedarfsfall in kürzester Zeit an die russische Grenze zu verlegen. Andererseits soll die militärische Überlegenheit der NATO demonstriert werden.

Statt dieser Konfrontation sind aus Sicht der Gewerkschaften Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde. In der Charta von Paris wurde 1990 das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung Europas ausgerufen. Spätestens seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wissen wir zwar, wie weit wir heute von diesem Anspruch entfernt sind. Unverändert gültig bleiben muss aber das Ziel, auf das sich alle europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada in der Charta gemeinsam verpflichtet haben: „Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“ Dieses Bekenntnis muss wieder ins Zentrum der internationalen Beziehungen rücken – sowohl seitens der NATO als auch seitens Russlands. Wir Gewerkschaften treten für die Interessen der Beschäftigten ein. Unsere Lektion aus den Schrecken der beiden Weltkriege lautet: „Nie wieder!“

Deshalb engagiert sich der DGB auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene für die Sicherung des Friedens und die Verhütung bewaffneter Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen.

Durch Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung vollziehen sich in Arbeitswelt und Gesellschaft tiefgreifende Umbrüche. In Deutschland, Europa und der Welt werden erhebliche Mittel für Investitionen und für Maßnahmen der sozialen Absicherung benötigt, um diese aktuellen Herausforderungen im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Gleichzeitig wird in den NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes hingearbeitet. Diese Ressourcen würden für die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen fehlen. Deshalb lehnt der DGB das Zwei-Prozent-Ziel der NATO entschieden ab. Abrüsten statt Aufrüsten! Dafür treten wir ein!

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: „Von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen.“ Dies ist auch ein Kerngehalt des Grundgesetzes – dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit dem Konfrontationskurs! Dafür muss sich Deutschland stark machen, auch innerhalb der NATO!
- Konfliktprävention, Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation!
- Abrüsten statt aufrüsten! Zukunftsinvestitionen statt Wett-rüsten!

# “Frieden in Bewegung” - Die wohl längste Demo der Welt

von Ellinor Riedel, NaturFreunde Berlin

In Zeiten zunehmender Rüstungsexporte verlangt das ethisch fragwürdig motivierte System der Profitgier nach einer Gegenbewegung. Die Antwort heißt „Frieden in Bewegung“. Das Konzept ist simpel, jedoch mit viel Tiefgang. Hier kommen Menschen an 80 Tagen von Mai bis Juli 2020 zusammen und wandern einen langen Protestmarsch, um sich für eine angemessene Friedenspolitik einzusetzen.

## Im Fokus: Waffenexporte

Das Geschäft mit den Waffen boomt. 2019 wurde inzwischen die 8 Milliarden Euro Marke an Waffengehennehmungen durch die Bundesregierung geknackt. Dass mit vielen dieser Waffen unschuldige Zivilisten getötet werden, ist längst kein Geheimnis mehr. Durch diese konstant wachsenden Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter, besonders an Regime mit fragwürdiger Menschenrechtslage, liegt die Verant-

wortung auch bei uns. Es wird Zeit gegen solche Entwicklungen etwas zu unternehmen.

So haben sich die NaturFreunde Deutschlands eine beispiellose Protestaktion überlegt. Gestartet in Krusau in Dänemark wird der weite Weg bis zum Bodensee gewandert, durch die Schweiz und Österreich, bis nach Konstanz. Größere Demonstrationen sind in Flensburg, Kiel, Hamburg, Hannover, Frankfurt und Konstanz geplant. Außerdem werden wichtige Rüstungsstandorte in Deutschland angelaufen (z.B. Rheinmetallwerk in Unterlüß) und der Aktionstag der NaturFreunde Deutschlands an der Atomwaffenlagerstätte Büchel 2020 am 14. Juni 2020 ist ebenfalls mit eingebunden.

## Der Weg ist hier das Ziel

Entlang der Route sollen Verbindungen geschaffen werden, die jene Dringlichkeit von Frieden und Abrüstung in das Bewusstsein der Gesell-

schaft transportiert, an der politische Entscheidungsträger\*innen scheitern. Durch den starken Zusammenhalt der Einzelnen, ergibt sich mehr als nur die Summe ihrer Glieder. Eine demokratische Bewegung ist in der Lage herrschende Verhältnisse zu überwinden und Frieden vor die Profitgier des Kapitalismus zu stellen. Diese Möglichkeiten sollen während der Wanderung diskutiert und von Ort zu Ort durch Deutschland getragen werden.

Die Bewegung steht für eine Entspannungspolitik, die nicht mit Atomwaffeneinsätzen liebäugelt, sondern die durch gegenseitiges Wohlwollen bestimmt wird. Je näher Menschen zusammenrücken, desto wahrscheinlicher, dass sie sich im Rahmen ihres Horizontes in eine gleichberechtigte Zukunft entwickeln. Und unsere globalisierte Welt bietet dafür die besten Voraussetzungen. Lasst uns diese nutzen!

Weitere Infos:

[www.frieden-in-bewegung.de](http://www.frieden-in-bewegung.de)

## Kommt zum Ostermarsch 2020 - Zeigt Widerstand gegen Aufrüstung, Militärmanöver und Beteiligung an Kriegen

Gemeinsamer Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden zum Ostermarsch 2020

Ostermärsche sind die Gelegenheit, sich öffentlich kritisch gegen deutsche Rüstungs- und Militärpolitik zu stellen und eine friedliche Politik einzufordern. Sich in diesem Jahr zu beteiligen ist ganz besonders wichtig!



Konrad Tempel, der 1960, d.h. vor genau 60 Jahren, den ersten deutschen Ostermarsch organisierte, Quelle: EPD

Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden rufen dazu auf, im Interesse von Frieden in Europa und für Ausgleich mit Russland sich demonstrativ gegen das zu Ostern und über den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus stattfindende NATO-Großmanöver „Defender 2020“ zu stellen. Das Manöver stellt eine gefährliche Provokation dar.

Das Manöver im April und Mai 2020 wird zu einem der größten für Landstreitkräfte in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Bis zu 20.000 US-Soldaten mit schwerem Gerät werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Insgesamt werden sich 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Georgien beteiligen. Diese Kräfte sollen an der NATO-Ostflanke und damit direkt an der Grenze zu Russland die militärische Überlegenheit der NATO demonstrieren. Deutschland fungiert als Drehscheibe der Truppenverlegungen aus den USA und den anderen beteiligten Staaten. Neben den möglichen politischen und militärischen Folgen einer solchen machtmilitärischen Demonstration der NATO werden die Umweltbelastungen durch die Transporte und das Manöver selbst neue Dimensionen erreichen.

Beteiligt Euch am lokalen oder regionalen Ostermarsch, organisiert mit, unterstützt den Protest gegen „Defender 2020“. Fordert mit vielen anderen statt militärischem Säbelgerassel eine Politik der Entspannung und politischer Konfliktlösungen!



## Stuttgart: Aufruf zum Ostermarsch 2020

### Brücken bauen für den Frieden statt Manöver für den Krieg!

Der Klimawandel bedroht unsere Zukunft. Zu Recht gehen Hunderttausende auf die Straße, um seine wirksame Bekämpfung zu fordern. Der schlimmste Umweltverschmutzer ist das Militär. Aber noch viel gefährlicher ist die Bedrohung der Menschheit durch Krieg.

Knapp 15.000 Atomwaffen werden weltweit bereit gehalten. Fast 4.000 sind sofort einsatzfähig. Zwanzig davon stehen im rheinland-pfälzischen Standort Büchel zum Einsatz durch die Bundeswehr bereit. Der Einsatz auch nur eines Bruchteils dieser Waffen würde das Ende der Menschheit bedeuten. 93% aller Atomwaffen gehören den USA und Russland. 2019 kündigten erst die USA und danach Russland den INF-Vertrag, der seit 1987 die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa verbietet. Ein neues atomares Wettrüsten ist voll im Gange.

### Aufmarsch für den Krieg

Statt angesichts dieser Situation für Entspannung und Abrüstung zu sorgen, setzen die Staaten der NATO erneut auf Konfrontation. Eine spezielle schnelle Eingreiftruppe für Osteuropa wurde aufgestellt, in deren Rahmen auch die Bundeswehr ständig an Manövern in den baltischen Staaten teilnimmt. Ein neu eingerichtetes Logistikkommando in Ulm soll schnelle Truppentransporte an die russische Grenze ermöglichen. Mittlerweile lagert an vielen Orten in Deutschland die komplette Ausrüstung US-amerikanischer Panzereinheiten, deren Mannschaften nur noch eingeflogen werden müssen, um dann in den Krieg gegen Russland zu ziehen.

Im Frühjahr 2020 wird unter Beteiligung von 16 NATO-Staaten das gigantische Manöver „Defender 2020“ stattfinden, das von der US Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart koordiniert wird. Eine komplette US-Panzerdivision soll dabei zusätzlich auf dem Seeweg nach Europa verlegt werden, um dann durch Deutschland nach Polen und die baltischen Staaten an die russische Grenze

aufzumarschieren. Bei diesem Manöver soll insbesondere die deutsche Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken, Bahntrassen ...) auf ihre militärische Tauglichkeit überprüft werden. Die EU hält für deren Ausbau erhebliche Mittel bereit. Die Bundeswehr hat bereits 2019 mit der Bahn einen Vertrag geschlossen, der Militärtransporten Vorrang vor zivilem Bahnverkehr gewährt.

### Deutschland rüstet auf!

Gleichzeitig wird verstärkt aufgerüstet. 2020 werden die deutschen Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien die Schallmauer von 50 Milliarden Euro übersteigen. Damit erfährt der Rüstungshaushalt erneut die höchste Steigerungsrate von allen Ausgaben des Bundes. „Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer wird in den letzten Monaten nicht müde, für noch mehr Aufrüstung, öffentliche Präsenz der Bundeswehr und für mehr Kriegseinsätze zu trommeln.

In einer programmatischen Rede Anfang November rief sie „angesichts aufstrebender Mächte in Asien und Lateinamerika“ „gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme“ zur weltweiten Aufgabe der Bundeswehr aus. Sie drängt auf weitere „robuste“ Militäreinsätze der Bundeswehr z.B. in Mali oder auch im südchinesischen Meer.

Statt die deutschen Waffenlieferungen an die in Nordsyrien eingefallene Türkei sofort zu stoppen, fordert sie einen weiteren Bundeswehreinsatz zur Schaffung einer „Schutzzone“ in Nordsyrien. Die deutschen Rüstungsexporte erreichten 2019 einen neuen Rekordwert.

### Wir wollen keinen Krieg!

Am 8. Mai vor 75 Jahren wurden Deutschland, Europa und die Welt unter vielen Opfern von Faschismus und Krieg befreit. Heute sind beide Gefahren wieder bedrohlich aktuell, es gilt ihnen rechtzeitig entgegenzutreten. Wir, die Mehrheit der Menschen, wollen weder Faschismus noch Krieg. Wir haben genug von einer Politik, die im Inneren wie im Äußeren ihre Interessen mit dem Recht des Stärkeren durchzusetzen

versucht. Wir haben genug von all den Kriegen, die derzeit auch mit deutschen Waffen und Soldaten um „stabile Märkte“ geführt werden, in Afghanistan, Syrien, im Jemen, in Mali und anderswo...

### Wir treten ein für Entspannung, Abrüstung und Frieden!

Das ist die grundlegende Voraussetzung dafür, dass die Probleme der Menschen und der Menschheit durch gemeinsame Anstrengung, Zusammenarbeit und Solidarität gelöst werden können.

### Deshalb fordern wir:

**Abrüsten statt aufrüsten! Kein Geld für Waffen und Militär, sondern für Bildung, Gesundheit, ein solidarisches Sozialsystem und die Bekämpfung von Hunger und Armut**  
**Beendet den atomaren Wahnsinn! Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO und Initiativen zu seiner Durchsetzung!**

**Eine neue Entspannungspolitik weltweit! Schluss mit dem militärischen Aufmarsch nach Osten. Brücken für Menschen, nicht für Panzer!**

**Rüstungsexporte stoppen! Konversion von Rüstungsunternehmen und militärischen Liegenschaften! Keine Kriegsvorbereitungen in unserer Nachbarschaft!**

**US-Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM schließen!**

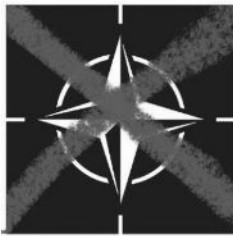
**Sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!**

**Austritt aus der NATO mit dem Ziel ihrer Auflösung! Kein NATO-Logistikkommando in Ulm! Keine Beteiligung am eskalativen Wettrüsten mit Russland!**

**Kein Ausbau der EU zur Militärunion, PESCO stoppen!**

**Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen, auf Ausbildungsmessen und in unserem Stadtbild. Kein Werben fürs Sterben – keine Normalisierung des Militärs!**





# NEIN zu Kriegsmanövern! STOPP DEFENDER 2020

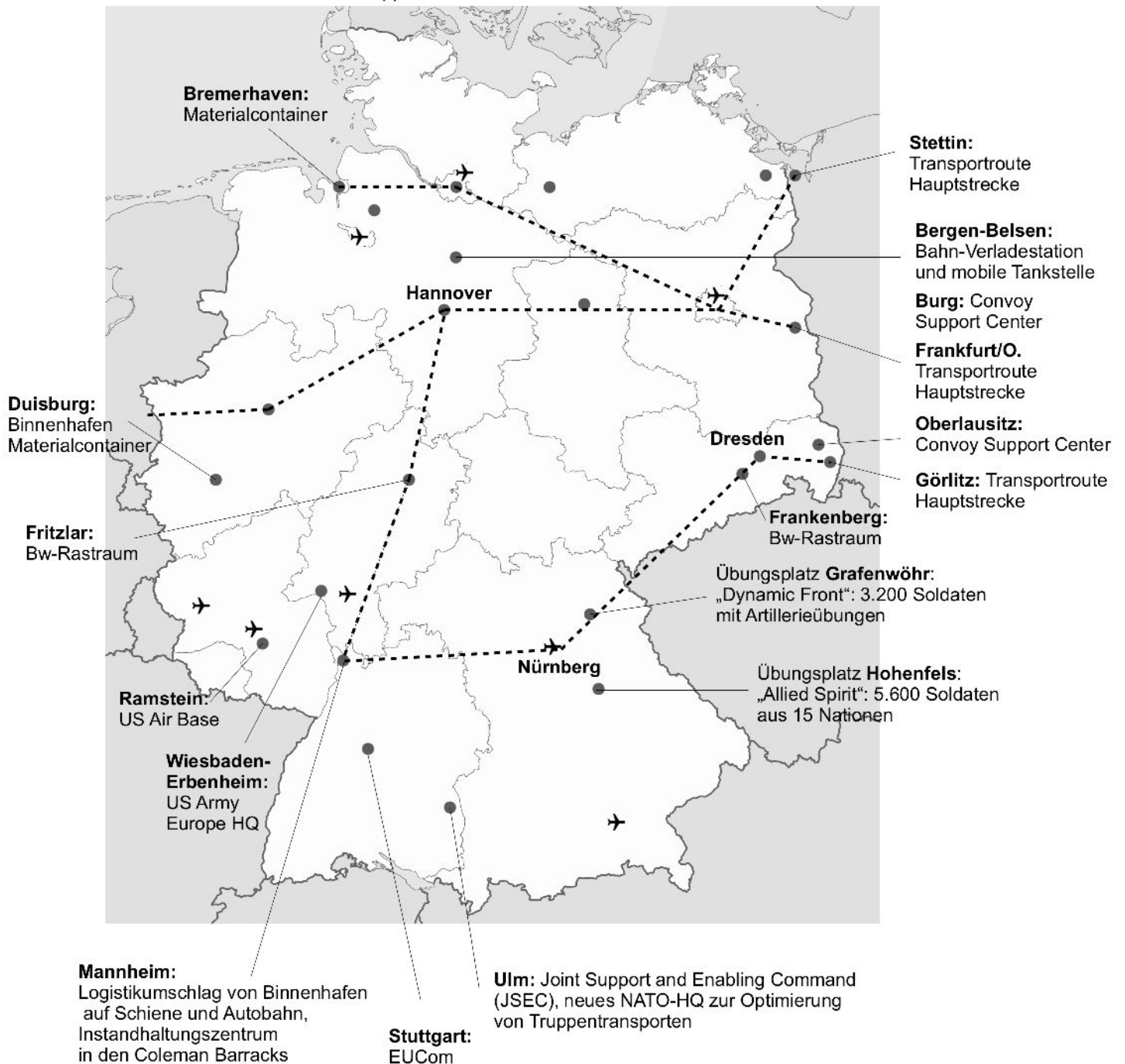


JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

**Garlstadt**  
Convoy  
Support Center

**Hagenow:**  
Bw-Rastraum

**Torgelow:**  
Bw-Rastraum



Bw- Bundeswehr-Standort

----- Vorgesehene Hauptstrecken

✈ Lufttransporte

## Quellen:

Infopaket der Bundeswehr / BMVg  
IMI-Analyse: Großmanöver Defender 2020

## Weitere Infos:

[\\_www.antidef.de](http://www.antidef.de)  
[\\_www.kein-aufmarschgebiet.de](http://www.kein-aufmarschgebiet.de)  
[\\_www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)  
[\\_www.no-to-nato.org/defender-2020-de](http://www.no-to-nato.org/defender-2020-de)  
[\\_www.friedenskooperative.de/aktion/defender-2020-proteste](http://www.friedenskooperative.de/aktion/defender-2020-proteste)